

Kultur und Kommune

Beschlossen von der 21. Bundesdelegiertenversammlung
am 20. und 21. Januar 2006 in Berlin.

Kunst und Kultur spiegeln den Stand einer Gesellschaft wieder. Ohne sie wäre eine Gesellschaft nicht kreativ, eine Wirtschaft nicht innovativ, eine Bildung technokratisch. Kunst und Kultur tragen zu den Werten unserer Gesellschaft bei.

Die Wertschätzung von Kultur ist ein Indikator für die Freiheit.

Kultur ist zu einem wesentlichen Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge für die Lebensgestaltung und Sinnfindung der Bürgerinnen und Bürger geworden. Sie im Rahmen vorhandener Bedürfnisse und Möglichkeiten zu nutzen, gehört heute zu den anerkannten Aufgaben unserer Städte und Gemeinden.

Libérale Kommunalpolitiker fordern und unterstützen deshalb die FDP im Deutschen Bundestag, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Das setzt ein deutliches und wirkungsvolles Zeichen gegen den Abbau von Kulturausgaben auf allen Ebenen.

Gesellschaftliche Veränderungen wie die Globalisierung, der demografische Wandel, die interkulturelle Gesellschaft, und die weitere Ausbreitung elektronischer Medien stellen den Kulturbereich vor neue Aufgaben.

Städte und Gemeinden sind nicht nur Schulen der Demokratie, Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger, Orte des sozialen Zusammenhalts und der Integration sowie Wirtschaftsstandort – sie sind auch Zentren der Kultur. Städte und Gemeinden sind der Kristallisationspunkt unseres kulturellen Lebens, Bühne für Kultur und das Terrain für unterschiedliche Lebens- und Nutzungsformen. Neben der Entwicklung der sozialen und beruflichen Kompetenz schaffen die Städte und Gemeinden auch mit der Ausbildung der kulturellen Kompetenz ihrer Bürger die Grundlagen für ihre Zukunft.

Kulturpolitik ist Auftrag und Verpflichtung der Gemeinden. Neben der materiellen Daseinsvorsorge besteht ein gleichrangiger kultureller Auftrag. Kulturförderung sollte eine Pflichtaufgabe der Kommunen sein. Allerdings müssen die Städte und Gemeinden diese Aufgabe auch erfüllen können. Die Finanznot der öffentlichen Haushalte sowie steigende

Sozialausgaben führen dazu, dass gerade Kulturausgaben unter Druck geraten und z.T. erheblich gekürzt werden.

Gewährleistung kultureller Grundversorgung

Städte und Gemeinden haben ihren Bürgerinnen und Bürgern passive und aktive Teilhabe an Kultur als grundlegendem Bereich menschlichen Wissens und Handelns zu gewährleisten.

- Grundlage allen Zugangs zur Kultur ist Bildung. Das bedeutet eine qualitativ und quantitativ hinreichende Ausstattung und Pflege von Bibliotheken, Archiven, Musikschulen, Volkshochschulen, aber auch Museen.
- Kulturelle Bildung, ja Kultur überhaupt, ist ohne die Bewahrung von Traditionen nicht zu denken. Deshalb gehört für liberale Kommunalpolitiker die Pflege des kulturellen Erbes zu den Aufgaben der kulturellen Grundversorgung, (Brauchtumpflege).
- Das Recht auf Zugang zu und Teilhabe an Kultur setzt ein entsprechendes Angebot an kulturellen Veranstaltungen voraus, dass die Bedürfnisse verschiedener Altersgruppen ebenso wie die unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen berücksichtigt. Liberale Kommunalpolitiker sehen in Absprachen und Kooperationen zwischen Kommunen in der Region eine Möglichkeit, spezielle Angebote zu ermöglichen, sofern interkommunale Information und Erreichbarkeit gewährleistet sind. Es sollte eine wirtschaftliche und regionale Ausrichtung gegeben sein.
- Ein wesentlicher Aspekt kultureller Grundversorgung ist für liberale Kommunalpolitiker die Gewährleistung von Freiheit, Offenheit und Vielfalt in Kunst und kultureller Produktion. Das beinhaltet auch die Förderung von Innovativem und Kreativem sowohl für die Kulturschaffenden als auch für die Kulturvermittelnden.

Kulturelle Grundversorgung muss nicht allein von staatlichen oder kommunalen Einrichtungen getragen werden. Kulturelle Vielfalt gedeiht am besten, wenn nicht nur die kulturelle Landschaft, sondern auch die Kulturförderungslandschaft möglichst vielfältig ist. Bürger, Vereine, Initiativen oder private Anbieter sollen sich deshalb an dieser Aufgabe beteiligen können.

Bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement und die ehrenamtliche Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben sind die Grundlagen einer liberalen Bürgergesellschaft. Die VLK fordert die FDP-Bundestagsfraktion deshalb auf, sich für eine Reform des an vielen Stellen unübersichtlichen und unsystematischen Gemeinnützigkeitsrechtes einzusetzen, damit neue Anreize zur Erschließung der vorhandenen Potenziale für ehrenamtliche Tätigkeit auch auf kommunaler Ebene geschaffen werden können.

Bürgerschaftliches Engagement ist ein Rückgrat für das kulturelle Leben. Die Rahmenbedingungen dafür und die Eigeninitiative in allen Bereichen der Gesellschaft sind alles andere als optimal. In vielen Bereichen, wie z.B. den Theatern gibt es bürokratische und obrigkeitsstaatliche Hemmnisse, die die eigenverantwortliche Planung und einen effizienten Einsatz der vorhandenen Mittel erschweren. Liberale Kommunalpolitiker sehen hier Änderungsbedarf und fordern vor allem durch konsequente Entbürokratisierung die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches und eigenverantwortliches Engagement zu verbessern.

Kulturelle Bildung

Kulturelle Bildung ist nicht allein hinsichtlich des individuellen Bildungsstandards von Bedeutung. Sie ist auch Grundlage für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft und ihrer künstlerischen Leistungen. Sie ist unverzichtbar für die Beschäftigung mit Kunst und Kultur. Alle Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Kinder und Jugendliche für Kunst und Kultur zu interessieren, sind von entscheidender Wichtigkeit. Innovative Projekte, sowohl auf privater, als auch auf kommunaler und Landesebene sind zu unterstützen. Jugendliche sollen auch in den Städten und Gemeinden die Möglichkeit erhalten, ihre eigenen Vorstellungen von Kultur zu verwirklichen. Geld-, Raum- und Verfahrensfragen sollen mit ihnen gemeinsam gelöst werden.

Der gesellschaftliche und kulturelle Wandel vollzieht sich mittlerweile in solch kurzen Zyklen, daß viele Menschen besonderer Vermittlungs- und Weiterbildungsangebote der Erwachsenenbildung bedürfen, um weiterhin am gesellschaftlichen Leben aktiv mitwirken zu können. Bestes Beispiel hierfür ist die Informationskultur durch Computer und Internet.

Auch Fragen der Überalterung der Gesellschaft müssen in der kommunalen Kulturpolitik immer mehr Berücksichtigung finden. Die besondere Herausforderung besteht hierbei darin, in den Kommunen Angebote zu einer aktiven Teilhabe zu entwickeln und darüber hinaus Modelle zu erarbeiten, wie das von den Älteren angesammelte Potenzial an Erfahrungen und Kompetenz in der Kultur produktiv gemacht und darüber zugleich ein soziales Netzwerk geknüpft werden kann. Hierin sind kirchliche und religiöse Grundlagen einzubeziehen.

Interkulturelle Kulturarbeit

Deutschland ist de facto ein Einwanderungsland geworden. Interkulturelle Konzepte auf kommunaler, Landes- und Bundesebene sind daher nötig. Liberale Kommunalpolitiker sehen die Notwendigkeit, kulturelle Angebote zu entwickeln, die einerseits die Integration in das bestehende Gesellschaftssystem fördern, andererseits die Erfahrungswelten der Migranten und ihrer Kinder als Bereicherung der Allgemeinheit in das Gesellschaftssystem einspeisen. Interkulturelle Angebote sind wichtige Instrumente um zu verhindern, dass sich die Gesellschaft weiter in voneinander abgeschlossene und nebeneinanderlebende Gruppen trennt. Niedrigschwellige Zugänge zu Institutionen und Veranstaltungen sowie zielgruppenorientierte Ansprache sind für eine interkulturelle Kulturarbeit vorteilhaft.

Regionale Kulturarbeit

Regionale Kulturarbeit verfolgt im Wesentlichen zwei Ziele. Zum einen richtet sie sich nach innen, indem sie kulturelle Angebote und Strukturen schafft, die die einzelne Kommune nicht oder nicht so schaffen kann. Zudem verbessert sie innerhalb der Region den Informationsfluss und erreicht so für die lokalen Einrichtungen eine deutlich bessere Zielgruppenansprache. Zum anderen strebt regionale Kulturarbeit eine deutlich bessere Außenwahrnehmung an. Regionale Kulturarbeit befördert so städtisches und regionales Selbstbewusstsein und Identifikation mit der Kommune und/oder der Region und kann zu Effizienz bei der Finanzierung bestimmter kultureller Projekte beitragen.

Liberalen Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Kulturpolitik,

- die die Freiheit, Offenheit und Vielfältigkeit von Kunst und Kultur gewährleistet,
- die der kulturellen Bildung, insbesondere der Kinder- und Jugendkultur besondere Aufmerksamkeit widmet,
- bürgerschaftliches Engagement stärkt und eine aktive Kulturszene befördert,
- die kulturellen Traditionen bewahrt und weiterentwickelt, und
- die die regionale Vernetzung von Kulturorten und Institutionen fördert.